

Niederschrift

Über die öffentliche Sitzung des Ortsbeirates am Dienstag, den 03.05.2016, 19:30 Uhr im Hotel Simonis.

Tagesordnung

1. Mitteilungen
2. GVZ Rübenach – Erweiterung – Vorbereitende Untersuchung
Beratung und Beschlussfassung
3. Verschiedenes

Im Anschluss: Einwohnerfragen

Anwesend unter dem Vorsitz des Ortsvorstehers Christian Franké sind die Mitglieder:

-CDU-Fraktion	-SPD-Fraktion	-Bündnis90/Grüne
Egon Back	Karl-Heinz Behr	Reinhard Alsbach
Thomas Roos	Wolfgang Pelz	
Helmut Schuch		
Martin Monjour		
Klara Kameisis		

Entschuldigt: Andreas Biebricher, Sarah Lipinski-Wasilewski.

Anwesende Stadtratsmitglieder: Monika Sauer, Marion Lipinski-Naumann, Fritz Naumann.

Von der Verwaltung anwesend: Herr Hastenteufel, Herr Hammann, Herr Trauschke und Herr Langenstein.

Der OV eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.
Er stellt fest, dass form- und fristgerecht am 26.04.2016 per E-Mail eingeladen wurde.
Die Niederschrift der letzten Sitzung ist den OBR-Mitgliedern noch nicht zugegangen, da die letzte Sitzung erst am 27.04.2016 stattgefunden hat.
Der Ortsbeirat ist beschlussfähig.
Es gibt keine Einwände zur Tagesordnung.
Es gibt keine Anträge zur Tagesordnung.

TOP 1 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 2 GVZ Rübenach – Erweiterung- Vorbereitende Untersuchung

Da Thomas Roos bei diesem TOP persönlich betroffen ist, verlässt er seinen Sitz im OBR und nimmt im Publikum Platz. Er nimmt entsprechend seiner Betroffenheit auch nicht an der Abstimmung teil.

Der OV erklärt, dass die „Erweiterung GVZ“ bereits am 26.01.2016 während einer OBR-Sitzung Thema gewesen sei. Damals sei es allerdings wegen des großen Beratungsbedarfes zu keinem Beschluss gekommen.

Der OV begrüßt die Herren Hastenteufel und Hammann von der Stadtverwaltung und bittet um deren Erläuterungen.

Herr Hastenteufel betont noch einmal die Wichtigkeit der Untersuchung der Möglichkeit zur Ausschreibung weiterer gewerblich-industrieller Bedarfsflächen für das Oberzentrum Koblenz. In Koblenz bestehe dringender Bedarf an weiteren Entwicklungsflächen, da der Vermarktung nahezu keine Flächen mehr zur Verfügung stünden.

Einiges, die Planung betreffend, sei schon bekannt, allerdings wären neue Erkenntnisse und Rahmenbedingungen hinzugekommen.

Nach der letzten Anhörung im OBR und der Herausnahme des Punktes aus der Tagesordnung des Stadtrates habe es eine erneute Erörterung im Stadtrat gegeben. Hier sei auf Antrag von SPD und CDU ein gemeinsamer „6 Punkte Antrag“ der Ratsfraktionen beschlossen worden.

Am 17.03.2016 beschloss der Stadtrat diese 6 Eckpunkte bereits in der „Vorbereitenden Untersuchung“ zu beachten und, soweit rechtlich möglich, umzusetzen.

Der heutige Abend diene dazu einen Einleitungsbeschluss für eine Untersuchung zu erwirken.

Dieser Beschluss werde veröffentlicht und hätte somit noch einmal eine Anstoßfunktion.

Die „Vorbereitende Untersuchung“ biete erst die Grundlage für eine spätere Festlegung gewerblicher Flächen.

Noch einmal weist Herr Hastenteufel darauf hin, dass die untersuchte Fläche nicht gleich der bebauten Fläche sei. Laut Stadtratsbeschluss vom 17.03.2016 werde diese in keinem Fall mehr 60 ha betragen.

Herr Hastenteufel geht auf die einzelnen Punkte ein.

Die 60 ha brutto Baufläche entspreche dem eventuellen Gewerbegebiet. Ausgleichsflächen seien separat anzusetzen.

Die Abstandszone zur Wohnbebauung betrage mindestens 1 km.

Was die Immissionsklasse betreffe, kämen grundsätzlich keine Chemie (BASF) und keine rauchenden Kaminschlote nach Koblenz. Ebenfalls gebe es keine großflächigen Dachlandschaften (Amazon), sondern begrünte Dächer. Man habe hier aus der Vergangenheit gelernt und sehe insbesondere die neuen technischen Möglichkeiten zur Umsetzung einer Dachbegrünung.

Das LKW-Verbot auf der L125 sei im Stadtrat mit beschlossen worden. Allerdings sei die L 125 eine klassifizierte Straße. Es gebe jedoch Pilotprojekte in Rheinland-Pfalz, wo solche Straßen für den Schwerlastverkehr gesperrt wären. Dies sei zu prüfen und mit dem LBM abzustimmen.

Die Verkehrsberuhigung sei über entsprechende bauliche Maßnahmen an den Ortsein-/ausgängen und durch Geschwindigkeitskontrollen zu erreichen. Die Mittel dafür sollten in den Haushalt 2017 eingestellt werden.

Problematisch sei die kurzfristige Ortsumgehung. Das betreffende Gebiet liege insbesondere im Kreis Mayen-Koblenz.

Diese „Eckpunkte“, so Herr Hastenteufel, würden alle in die Überlegungen und Untersuchungen und ggf. anschließenden Planungen mit einfließen.

Gegenstand der Beschlussvorlage sei ausschließlich eine Ermächtigung für Gutachten und Informationsermittlung.

Der OV spricht die Problematik der Ortsumgehung an.

Das Straßennetz dafür sei schon vorhanden, so Herr Hastenteufel. Allerdings habe der Landkreis kein Interesse daran auf einer „K“ Straße den Verkehr einer „L“ Straße aufzunehmen. In der Sache würden schon lange Gespräche geführt. Bevorzugt seien Verhandlungen mit der Kreisverwaltung ohne große Kostenexplosionen.

Der OV fragt, wie ein LKW Verbot durch Rübenach sichergestellt werden könnte, ohne die heimischen Betriebe zu schädigen.

Dafür gebe es keine Patentlösung, erklärt Herr Hastenteufel. Hier stelle sich die Frage welcher LKW die Berechtigung habe durch Rübenach zu fahren und welcher nicht. Auch ortsansässige Firmen hätten entsprechende Fahrzeuge. Es müsse hier nicht nur die Nord-Süd Richtung sondern auch die Ost-West Richtung beachtet werden.

Die Sache müsse kontrollierbar und ahndbar sein.

Eine Beschilderung sei sicher ein erster Schritt. Hindernisse sollten so hoch gestellt werden, dass der Durchgang erschwert werde ohne den Binnenverkehr zu behindern.

Für Klara Kameisis (CDU) ist klar, dass der Kreis für eine Umgehung Forderungen stellen werde. Eventuell könne eine zeitbefristete Nutzung der K 66 erfolgen bis eine Ersatzspanne ins GVZ fertig sei.

Martin Monjour (CDU) ist der Meinung, dass Verkehrsberuhigung auch ohne den Landkreis machbar sei. Überwiegend Fahrzeuge mit MYK Kennzeichen würden durch Rübenach nach Koblenz zur Arbeit fahren. Die Steuern würden allerdings im Landkreis bezahlt und nicht in Koblenz.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) sieht als Ziel einen eventuellen Gebietstausch. Das Land solle die K 66 übernehmen und die L 98 als Kreisstraße zurückgestuft werden, in der Unterhaltungspflicht der Stadt Koblenz. Allerdings sollten Baumaßnahmen für das GVZ erst danach durchgeführt werden.

Herr Hastenteufel will die Vorschläge gerne mitnehmen, doch ohne die Zustimmung und Billigung des Landkreises gebe es keine Umwidmung. Man könne aber auf der L 98 mit baulichen Maßnahmen Verkehrsberuhigung bewirken. Die Frage sei aber immer, welche Wirkung das habe.

Helmut Schuch (CDU) betont noch einmal die Wichtigkeit der „6 Eckpunkte“. Vor allem die Punkte der Ortsumgehung und der vielen durchfahrenden LKW auf der L 98 würden den Rübenacher die größten Sorgen bereiten. Die Belastung sei bereits jetzt sehr hoch. Er befürchte, dass seitens der Stadt wieder nur eine Absichtserklärung geäußert würde, ohne konkrete Umsetzung von Maßnahmen.

Der Stadtrat habe den Punkt schon beschlossen, so Herr Hastenteufel, und es werde, soweit rechtlich möglich, alles von der Liste umgesetzt.

Reinhard Alsbach (Bündnis90/Grüne) kritisiert scharf, dass die wirtschaftliche Nutzung der zu untersuchenden Fläche die Bodenpreise einfrieren lasse. Zudem will er noch einmal genaueres über die Begrenzung auf 60 ha Gewerbefläche in Bezug auf die erforderliche Ausgleichsfläche wissen.

Herr Hammann erklärt, dass die Ausgleichsflächen grundsätzlich in diesen 60 ha integriert seien. Die Ausgleichsfläche bezüglich „Artenschutz“ sei jedoch nicht darin enthalten.

Reinhard Alsbach (Bündnis90/Grüne) sieht die Gefahr, dass Koblenz in 5 Jahren erneut Flächenbedarf anmelde.

Herr Hammann betont, es handele sich vorerst nur um die Voruntersuchung einer Fläche von 190 ha, von der max. 60 ha in Betracht gezogen würden. Vielleicht könne die mögliche Planung aufgrund der Ergebnisse gar nicht umgesetzt werden.

Aber alles sei möglich, so Reinhard Alsbach.

Dem stimmt Herr Hammann zu.

Monika Sauer (CDU) spricht die Verkehrsberuhigung an. Herr Trauschke habe diesbezüglich bereits vor 10 Jahren eine wunderschöne Planung vorgestellt. Es sei aber in diesen 10 Jahren nichts geschehen. Jetzt würden erneut Vorschläge unterbreitet. Wie lange sollte es denn diesmal dauern. Bisher hieß es immer, es ginge nicht.

Es gebe Beispiele von klassifizierten Straßen, so Herr Hastenteufel, bei denen bauliche Maßnahmen vorgenommen worden seien. So geschehen in Brey und Rhens (B 9). Hier müsse Verwaltungsintern geschaut werden wo vergleichbares passiert sei, mit welchen Argumenten und zu welchen Kosten. Bei hohem DTV (Verkehrsstärke) wäre eventuell auch ein Kreisell oder eine Verschwenkung möglich. Das Baurecht dafür zu bekommen könne ca. 2 Jahre dauern.

Es habe immer geheißen, so Monika Sauer (CDU), an der L 98 dürfe nichts geändert werden. Erst wenn aus der „L“ ein „K“ Straße werde. Jetzt müsse endlich für Rübenacher Belange Geld bereitgestellt werden. Und so lange müsse auch die Gewerbeansiedlung warten.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) erklärt, laut Aussage von Herr Gerhards vom Tiefbauamt dürften derartige Maßnahmen auf der L 98 nicht umgesetzt werden.

Es gehe nicht an, dass Stadtplanung und Tiefbauamt jeweils etwas anderes sagten. Diese Sache sei Verwaltungsintern dringend zu klären, um eine klare Verwaltungsmeinung zu bekommen. Bei der Bevölkerung würden Erwartungen geschaffen, die nicht einzuhalten wären. Das sei unredlich.

Klara Kameisis (CDU) wirft ein, dass der BBP 235 „Öffnung der Keltenstraße“ als verkehrsberuhigende Maßnahme am Haushalt gescheitert sei.

Der OV unterbricht an dieser Stelle die Sitzung, um den anwesenden Zuhörern die Möglichkeit für Fragen und Anregungen zu geben.

Herr Merkel geht auf die Immissionen ein. Auch eine Bierbrauerei oder Kaffeerösterei würden Immissionen verursachen. Ebenso erwähnt er die Problematik der Einleitung von Oberflächenwasser. Herr Merkel möchte den Status einer Anfrage der Fa. Kolle, in Bezug auf das GVZ erfahren.

Herr Neitzel erklärt, dass bereits 2007 die K 66 als Umgehungsstraße versprochen wurde. Ebenso sei vor 4 Jahren ein einstimmiger Beschluss gefasst worden, am Ortsausgang Richtung Bassenheim eine Verkehrsberuhigung zu installieren. Beides sei nicht geschehen.

Robert Zerwas erinnert, dass bereits 1992 bei Vorstellung des Gewerbegebietes von Dachbegrünung und Verkehrsberuhigung gesprochen worden sei. Es sei nichts geschehen. Jetzt werde eine Erweiterung geplant, wieder mit Versprechungen. Wie könne verhindert werden, dass es in den nächsten Jahren immer so weiter gehe.

Herr Dr. Zerwas findet es seltsam dass der Stadtrat die „6 Eckpunkte“ beachten wolle bei einem Verfahren, das noch nicht beschlossen sei.

Der OV bittet Herrn Hastenteufel um Beantwortung der einzelnen Fragen.

Zu den Fragen von Herrn Merkel antwortet Herr Hastenteufel, dass die Festsetzung der Abstandsklassen noch nicht beantwortet werden könne. Hier müsse auch die Windrichtung beachtet werden.

Bei der Versickerung und Ableitung der Oberflächenwasser werde untersucht ob weitergehende Maßnahmen erforderlich seien. Das zu untersuchende Gebiet befinde sich zudem an einer Wasserscheide. Dies sei ebenfalls zu berücksichtigen.

Was die Informationen über einzelne Firmen angehe, könne er hier keine Auskunft geben.

Bei der Frage von Herrn Neitzel zur Umgehungsstraße, betont Herr Hastenteufel, dass Herr Biebricher und auch Frau Lipinski-Naumann schon seit Jahren intensive Gespräche dahingehend geführt hätten. Darauf könne jetzt aufgebaut werden. Es würden weitere Gespräche folgen, auch mit dem Zweckverband.

Zu der Frage der Dachbegrünung, antwortet Herr Hastenteufel, dass es mittlerweile höhere (technische) Standards gebe und vieles nicht mehr nur freiwillig sondern gesetzlich geregelt sei.

Was die Frage um die Erweiterung betreffe, so gebe es entlang der Autobahnen überall ähnliche Diskussionen. Diese Gebiete hätten grundsätzlich großes Potenzial.

Herr Dr. Zerwas fragt, wenn es nun 5 Jahre dauerte bis die 6 Punkte umgesetzt würden, ob die Untersuchung auch erst in 5 Jahren stattfinde.

Herr Hastenteufel antwortet mit Nein.

Herr Hammann wirft ein, dass es doch nur um den Beginn einer Untersuchung gehe. Erst danach könnten die vielen offenen Fragen beantwortet werden.

Es gebe noch keinen Bebauungs- oder Flächennutzungsplan. Die dafür benötigten Grundlagen und Daten seien noch gar nicht vorhanden.

Frau Zils spricht die Probleme mit den vielen durchfahrenden LKW an. Ob es nicht möglich sei, an den Fußgängerüberwegen Ampeln aufzustellen.

Auch dieser Vorschlag, so Herr Hastenteufel, werde in die Überlegungen mit aufgenommen.

Robert Zerwas stellt fest, dass der städtische Bedarf wohl umgesetzt werde. Die 60 ha würden kommen. Er fragt, was denn nun für Rübenach drin sei und zwar vor der Umsetzung und nicht erst danach. Ob es einen einklagbaren Rechtsanspruch gebe.

Die Gemeindeordnung, so Herr Hastenteufel, gebe das nicht her. Er sei jedoch der Meinung, dass der Stadtrat ganz genau auf diese Sache schauen werde, da die ganze Geschichte zu viel Historie und Betroffenheit enthalte.

Herr Dr. Zerwas mahnt eine bessere Einbeziehung der betroffenen Seiten an.

Herr Hastenteufel bekräftigt, dass alle Seiten ernst genommen würden. Frühzeitige Information sei wichtig. Allerdings könne nicht immer alles eins zu eins umgesetzt werden.

Der OV eröffnet die Sitzung erneut und der OBR kommt zu folgendem Beschluss:

Der OBR stimmt der Einleitung von „vorbereitenden Untersuchungen“ unter dem Vorbehalt, dass die bereits von CDU und SPD gemeinsam im Stadtrat beschlossenen „6 Eckpunkte“ besondere Beachtung bei der Untersuchung finden, zu:

- Festsetzung einer Abstandszone zur Wohnbebauung
- LKW-Verbot zwischen Rübenach und dem GVZ auf der L 125
- Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Rübenach durch Geschwindigkeitskontrollen an den Ortsein-/ausgängen und entsprechende bauliche Maßnahmen
- Festsetzung einer Immissionsklasse für die Gewerbeansiedlungen
- Obergrenze von 60 ha für die Größe der Gewerbeansiedlung im Untersuchungsgebiet
- Kurzfristige Inbetriebnahme der Ortsumgehung

Insbesondere die Punkte: LKW Durchfahrtsverbot GVZ – L 125, sowie die kurzfristige Inbetriebnahme der Ortsumgehung.

Der OBR fordert, in regelmäßigen Abständen über den Fortgang informiert und beteiligt zu werden.

Abstimmergebnis:

6-Ja 1-Nein somit beschlossen.

Thomas Roos kehrt zur Sitzung zurück.

Der TOP Verschiedenes entfällt, ebenso die Einwohnerfragen.

Die öffentliche Sitzung endet um 21:15

Christian Franké
Ortsvorsteher

Anne Reif
Protokoll